vor seiner Partei, die Abdankung der bisher herrschenden Kapitalsschichten, durchsetzen. Zu diesem Zweck hatte er sich von Anfang an mit den Gegnern, der nach der Revolution zur Macht gelangten Schicht des Finanzkapitals und ihrer Verbündeten in einer Einheit zusammengefunden. Die Gegner waren das vor dem Kriege herrschende Kapital, die Landwirtschaft und das Schwerindustriekapital. Diese beiden Schichten hatte die nationalsozialistische Bewegung als Sturmbock benutzt und sich selber dabei geschickt im Hintergrund zu halten verstanden. Als Hilfstruppen hatten ihnen diese Schichten die von ihnen beherrschte Bürokratie und das Heer zur Verfügung gestellt. Dazu kam noch die von ihnen geschickt propagierte Wahl eines der ihrigen zum Reichspräsidenten, so daß also bei der Rollenverteilung das Schwergewicht bei der Ablösung der Macht bei den alten herrschenden Schichten lag.

Die Wirtschaftskrise war die beste Gelegenheit zur Durchführung des Ansturms durch die nationalsozialistische Hilfstruppe. Gerade der durch die Krise beschleunigte Verfall Deutschlands als Industreland mußte notwendigerweise einen ungeheuren Aufschwung der Bewegung gegen die bisher herrschienden und die Krise nicht meisternden Kapitalschichten schaffen. Die Reichspräsidentenwahlen waren der Prüfstein für die Reife. Nachdem durch die kapitalistische Presse die genügende Vorbereitung getroffen war, entschlossen sich die hinter der nationalsozialistischen Bewegung stehenden Kapitalschichten zum Angriff, der äußerlich durch die Absetzung der Brüningregierung zum Ausdruck kam. Dabei bediente man sich geschickt der für die „Linkskreise" speziell geschaffenen Ideologie des kleineren Uebels, indem die Parole ausgegeben wurde, daß die Regierung Papen von der Vorsehung bestimmt sei, das deutsche Volk vor dem nationalsozialistischen Chaos, dem gefürchteten dritten Reich, zu bewahren. Auf diese Weise wurde geschickt die Uebernahme der Alleinmacht durch das landwirtschaftliche und schwerindustrielle Kapital verdeckt. Die Nationalsozialisten glaubten mit diesem ihrem „Sieg" schon die halbe Macht erobert zu haben. Das geschickt inszenierte Vorspiel der Harzburger Front hatte diese Illusionen außerordentlich gestärkt. Dazu kam noch, daß der Führer der Reichswehr, auf die sich ganz offensichtlich die neue Regierung stützte, der General von Schleicher ein aus außenpolitischen Gründen getarnter Parteigänger der NSDAP zu sein schien. Er war noch in der alten Regierung die Seele des Widerstandes gegen ein Verbot der SA, der Militärgruppe, die den Marsch auf Berlin vollziehen sollte, gewesen. In der neuen Regierung setzte er sich sofort für die Aufhebung des Verbotes ein. Schleicher schien also mit einem Wort der Vertreter des Nationalsozialismus in der Regierung Papen zu sein. Wenn man aber das Heer hatte, so hatte man auch die Diktaturmöglichkeit. Hitler wußte aus der Vergangenheit, daß nur mit dem Heer und nicht gegen das Heer eine Diktatur durchgeführt werden kann. Er hatte aber anscheinend die Lehren aus dem Novemberputsch 1923 völlig vergessen. Was damals das Paar von Kahr—von Lossow für Bayern war, war für das Reich von Papen—von Schleicher. Kahr hatte mit seinem Bürgerbräuputsch den Revolversuch gemacht und am Tage darauf die militärischen und polizeilichen Machtmittel gegen den Dirigenten des Bürgerbräukellers eingesetzt. 1932 ist der Revolversuch nicht losgegangen. Hitler ist nicht auf die Straße gegangen. Das Drama seiner Abhängung hat sich in den friedlichen Formen der Drohung mit Reichswehr und Polizei vollzogen.

Im Jahre 1923 hat das Kapital die Hitlerbewegung durch die Stabilisierung der Mark zur Auflösung gebracht. Dieselbe Aufgabe stellt es sich heute. Es ist nur der Unterschied, daß es sich damals um eine lokale Bewegung handelte, der gegenüber der weitaus größte Teil des Reichs immun war. Außerdem vollzog sich die Bewegung am Ende der Inflation, als bereits der „Silberstreifen am Horizont" sichtbar war. Die damalige Krise beschränkte sich auf den europäischen Kontinent, während das deutsche Kapital es heute mit einer Weltkrise zu tun hat. Das deutsche Kapital fuzte sich 1923 wieder in die Weltwirtschaft ein und wurde zu diesem Zweck vom Weltkapital gestützt. Die heute herrschenden Schichten müssen, wenn sie herrschen wollen, diesen Prozeß wieder zum größten Teil rückgängig machen. Ihr Programm ist aus diesem Grunde die Autarkie. Zur Aufnahme der Industriewirtschaft waren alle Voraussetzungen vorhanden. Der Widerstand, der damals von der Landwirtschaft geleistet wurde, war außerordentlich minimal. Selbst die Hälfte der Deutschnationalen, die die jetzt herrschenden Schichten repräsentieren, trat offen im Reichstag für den Dawesplan ein. Der Abbau der Industriewirtschaft, wie er jetzt von der Regierung Papen durchgeführt wird, stößt selbstverständlich auf den angeheuren Widerstand der von und durch die Industriewirtschaft lebenden Bevölkerungskreise.

Bisher ist der Regierung Papen nur die Neutralisierung dieser Kreise geglückt. Sie muß aber darüber hinaus die von ihnen als Sturmbock gegen das bisher herrschende „System" verwendeten Hilfstruppen zu positiven Mitarbeitern machen, d. h. sie muß einen Teil ihres Programms verwirklichen, indem sie ihren „Aufbauwillen" aufhängt. Nur allein dadurch kann es ihnen gelingen, die Massen der NSDAP von der NSDAP abzuhängen. Der Sinn der innenpolitischen und außenpolitischen Vorstöße dient allein diesem Ziel. Man bedient sich dabei, wie schon erwähnt, des Parlamentarismus. Dieser soll den Deutschnationalen die Schlüsselstellung einbringen, die bisher das Zentrum inne hatte, deshalb auch die Spekulation auf 30 oder 40 Mandate, die man den Nationasozialisten abnehmen will. Fällt das Parlament als Beherrschungsfaktor weg, oder muß man es fallen lassen, so riskiert man die offene Feindschaft der durch das Parlament neutralisierten „Linksparteien". Aus diesem Grunde zerschlägt man auch nicht die Weimarer Verfassnug. Die Aufgabe der Regierung Papen ist nicht etwa die Einsetzung der Monarchie, sondern die Stabilisierung der Republik, einer Republik von rechts. Trotzdem steht nicht entgegen, daß die Regierung Papen die Wiederaufnahme der monarchistischen Propaganda durch den Bund der Aufrechten gestattet. Es ist ihr nur recht, wenn durch diese erneute Anfachung der monarchistischen Bewegung ein neuer Trennungsfaktor in die deutsche politische Bewegung eingeführt wird. Sie gewinnt dadurch für sich zweifellos einen Teil der sozialentwurzelten Elemente aus der NSDAP, die weder (um mit Herrn Goebbels zu sprechen) „Herrenreiter" noch sonstwie Anhänger des Herrenklubs sind. Wie weit also die Papenregierung ihre Macht befestigt, hängt von der Beschleunigung des Auflösungsprozesses durch die Fikion eines „positiven Aufbau"programms ab.

Bei dieser „Arbeit" wird die Regierung auch keineswegs durch die Revolution von links gestört. Die Linksparteien sind vorläufig noch auf das antifaschistische Einheitsprogramm festgelegt. Sie merken nicht, daß sich schon der Auflösungsprozeß der NSDAP von amtswegen vollzieht. Sie schlagen auf die NSDAP ein und treffen nicht die eigentlichen herrschenden Schichten. Dies gilt insbesondere für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, die zusammen mit weiten Kreisen des Bürgertums in der Tolerierung der Regierung Papen einig sind. Selbstverständlich erfolgt diese Tolerierung nicht in der offenen Form, wie dies bei der Brüningregierung der Fall ist. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß die Papenregierung sich schroff gegen ihre stillen Helfer und Dulder wendet. Sie tötet damit keineswegs diese stille Liebe, weil sie den Kampf gegen den Faschismus in der Form der NSDAP in den früheren Schichten nicht durchführen konnte, jetzt durchführt. Man bescheinigt geflissentlich der Regierung ihr verfassungsmäßiges Vorgehen gegenüber den Angriffen der Nationalsozialisten über Verfassungsbruch. Gerade diese Passivität, gerade dieses Anpassen an die Kampfesform, die die Papenregierung vorschreibt, ist die beste Sicherung der Papenregierung. Deswegen verbietet auch die Papenregierung nicht die SPD und die Gewerkschaften und sogar nicht die KPD. Sie trifft aber alle Maßnahmen, die praktisch die Macht dieser Parteien und Organisationen erledigen, indem sie neue Institutionen schafft, von denen das wichtigste die Abänderungen im Tarifrecht durch Einreichung eines „staatlichen Lohnamtes", allerdings mit anderem Namen, sind.

Die Aufgabe der revolutionären Partei besteht darin, die Arbeiterklasse sehend zu machen, daß die **Solidarität** als Grundgebot revolutionären Handelns in die Praxis umgesetzt werden muß. Nur von der Grundlage solidarischer Kämpfe gegenüber dem Klassenfeind führender Weg zu neuen Ufern.

## Politische Rundschau

### Asyl für politisch Obdachlose

Es ist schier unmöglich, die Skala der verschiedensten „Gründungen" gewissenhaft zu verfolgen, die im Hinblick auf die Reichstagswahlen im November nur den einzigen Sinn haben, dem Flugsand politischer Kleinbürger ein Notquartier zu schaffen.

Gerade das deutsche Kleinbürgertum, dessen politische Urteilslosigkeit das „deutsche Wesen" versinnbildlicht, stellt in seiner Masse den Bodensatz, der bar jeder eigenen Initiative, in seiner Beschränktheit dem Größenwahnsinn erliegt, daß an diesem „echten deutschen Wesen" bekanntlich die Welt noch einmal genesen soll.

Solange das materielle Fundament der bürgerlichen Gesellschaft, die kapitalistische Warenproduktion, dem deutschen Kleinbürgertum noch einen gesellschaftlichen Rückhalt bot, bewegten sich die Probleme dieser Schicht zwischen dem Heringsfaß und der Kassenabrechnung. Den ersten merkbaren Erdstößen und dem unterirdischen Grollen der zueinander in Widerspruch geratenen Produktivkräfte „begegneten" diese Philister dadurch — sie ignorierten dies alles — sie wollten ihre Ruhe haben. Als aber das Wetterleuchten nicht abbrach, sondern immer heftiger in Erscheinung trat und ihre Eisbeinbäuche schon unwiderstehlich reagierten, versammelten sie sich und schickten — wozu hat man eine Regierung! — eine sorgfältig weisheitsgespickte Resolution ab, worin sie der Welt wissen ließen, daß es die höchste Zeit sei, eine solche Politik zu machen, die zur guten alten Zeit wieder zurückführt. Die Regierer kamen und gingen, noch schneller, wie ein Speckjäger sein verlaustes Hemd wechselte, aber die guten alten Zeiten blieben aus. Im Gegenteil, je stärker sich offenbarte, daß auch das Rezept des „deutschen Sozialismus" nicht imstande ist den klaffenden Widerspruch zwischen Produktion und Absatz zu überbrücken, je rasender die ideologischen Grundlagen der letzten Stützen dieser von „Gott gewollten Ordnung" zerfasern und zerfetzt werden, desto resignierter und mißmutiger glotzten die Pfahlbürger auf das „grundsätzlich neue" Machwerk der Regierer und den Reichstag. Den „großen Männern", mit denen Deutschland gesegnet ist wie Sand am Meer, wurden in diesem Augenblick die Worte des Dichters eingedenk:

„Wenn das noch weitergeht ein Vierteljahr,
kommt das Delirium, das ist klar."

Was lag also näher, diese „großen Männer", wissend, daß zu bestimmten Augenblicken jedem Kleinbürger die Möglichkeit gelassen werden muß mit dem Stimmzettel „abzurechnen", setzten sich also hin und „ergänzten" eine Partei und nannten sie: „Deutsche Nationale Volkspartei". Werfen sie auf die Straße, um Platz zu machen für die billigere Konkurrenz.

Dieses Bestreben hat praktisch Formen angenommen, daß sogar im Lager des Bürgertums Stimmen gegen die vermehrte Kinderarbeit und den dann verbundenen Erscheinungen laut werden. Wenn dies für das Proletariat auch keinen positiven Wert hat, werfen sie doch Schlaglichter auf die bestehenden Verhältnisse und als solche wollen wir sie zebrauchen zur Anklage gegen den Widersinn kapitalistischer Produktion.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang eine Veröffentlichung der Deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt, über die „Wolffs Schlesischer Landesdienst" u. a. wie folgt berichtet:

„Ihren stärksten Ausdruck findet die ungesunde Ausbreitung der landwirtschaftlichen Kinderarbeit in der Zahl der mit dieser landwirtschaftlichen Kinderarbeit zusammenhängenden Unfälle, von denen Kinder aller Lebensalter betroffen werden: Ein großer Teil dieser Unfälle ist auf die verbotswidrige Beschäftigung an landwirtschaftlichen Maschinen und anderen, schwer zu handhabenden Gerätschaften zurückzuführen. Vielfach unterlagen auch die Kinder der noch nicht schulpflichtigen Lebensalter schweren Erkrankungen, deren Ursache zumeist darin lag, daß Eltern und ältere Geschwister mit der Landarbeit beschäftigt waren und die jüngeren Kinder völlig unbeaufsichtigt sich selbst überlassen blieben. . .

Eine der letzten Statistiken verzeichnet 5000 Todesfälle von Kindern durch Unfall. In Wirklichkeit ergaben jedoch ständig vorgenommene Stichproben, daß der tatsächliche Unfallschaden aber zwanzig bis dreißigmal so hoch ist, und ein großer Teil aller Kinderunfälle mit schweren Verstümmelungen und Siechtum verbunden war."

Was schert die Kapitalisten die dem Kinde innewohnende Freude am Spiel, was kümmert es sie, wenn tausende von Proletarierjungen und Mädels im Kindesalter auf dem Schutthaufen verbrauchter Arbeitssklaven gewerfen werden, wenn nur seine Produktion, d. h. sein Profit dabei gesichert ist. Jedes Gewimmer „edler Menschenfreunde" über diese Uebelstände ist eitel Spiegelfechterei, da sie alle realen Gesichtspunkte außer Acht läßt. Rücksichtsloseste Ausbeutung ist ehernes Gesetz für den Kapitalisten, wenn er sich nicht selbst die Kehle zudrücken will und somit ist die Vernichtung des Kapitalismus und seine Umwandlung in den Sozialismus die Aufgabe des Proletariats, wenn es diese seine Auswüchse verhindern will.

### Wo alles liebt kann sie allein nicht hassen!

Religion ist Opium fürs Volk! K. Marx.

Die veränderte Stellung der Sozialdemokratie in und zum Staat, seit jenen Worten von K. Marx erfordert natürlich auch eine Revision dieser Theorie. Aus Staatsvereinern zu Staatsbejahern geworden, mußte sie natürlich auch alle von diesem zu seiner Erhaltung geschaffenen Institutionen stützen und sich einbürgern. Die Kirche als Hort allen reaktionären Denkens und Handelns mit ihrem riesigen Apparat sich als stärkstes Bollwerk jeden freiheitlichen Gedanken entgegenstemmend, das idealste Mittel zur Erhaltung der bestehenden Ordnung, kann in diesem Zusammenhang von ihr überhaupt nicht übersehen werden. Für sie haben die zitierten Worte von Marx den Sinn verloren oder besser gewechselt. Bete und arbeite ist auch für sie der Inbegriff höchster Arbeitertugend. Erkennend, daß christliches Denken revolutionäres Fühlen verdrängt, versuchte die Bonzokratie den Einfluß desselben in ihren Reihen so weit wie möglich zu fördern. Mit der Erklärung der Religion als Privatsache wurde dieser Entwicklung Tor und Tür geöffnet, um über den „Bund religiöser Sozialisten" zur offenen Mitarbeit in den kirchlichen Organisationen überzugehen. Denn anders kann man folgende Zeilen kaum deuten:

Morgenpost vom Sonntag, den 25. 9. 32. „Demnächst werden in Preußen die Wahlen zu den evangelischen Kirchenvertretungen stattfinden, und zwar diesmal unter Beteiligung sozialdemokratischer Kreise."

Entweder soll hier die Kirche revolutioniert werden oder aber die Sozialdemokratie zur Nächstenliebe erzogen werden. Wir sehen uns gezwungen, letzteres anzunehmen, da unserer Meinung nach beides dieses letztere herbeiführen wird. Wir wollen sie auch nicht daran hindern, denn wer als guter Bürger gelebt, hat auch das Recht als solcher zu sterben.

Interessant wäre es noch, sehen zu können, wie die „revolutionärsten" aller Revolutionäre ihrer guten Mama Sozialdemokratie zürnen, daß sie ihrem Kinde (Pfarrer Eckert) die Erbschaft streitig macht. **Oder ibs doch noch möglich ist?**

### Parlamentarische Possen

KPD-Reichstagsfraktion stellte im Reichstag am 23. Februar 1932 folgenden Antrag zur Abstimmung (Drucksache Nr. 1359):

„Es dürfen keinerlei Maßnahmen getroffen werden, die die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung weiter verschlechtern, wie die neue sogen. „Reform" der Sozialversicherung, weiterer Abbau der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, weitere Erhöhung der Massensteuern und Zölle, Preiserhöhung und erneute Senkung der Löhne und Gehälter auf irgendwelche Art."

Dieser Antrag wurde im Reichstag **durch Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen**, da die Nationalsozialisten den Sitzungssaal verlassen hatten. **Die Regierung dachte nicht daran, einen parlamentarischen Mehrheitsbeschluß durchzuführen**, sondern ging daran, die Plane von weiteren Abbau der Sozialversicherung und die nächste Hungernotverordnung vorzubereiten.

(Handbuch der Komm. Reichstagsfraktion, Seite 157.)

Am 11. Dezember 1930 verlangte die KPD.-Reichstagsfraktion in einer Entschließung (Drucksache Nr. 554) die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch in der Höhe von 120 000 Tonnen im Jahr.

Dieser Antrag wurde **mit Mehrheit angenommen, aber niemals durchgeführt.**

(Handbuch der Komm. Reichstagsfraktion, Seite 168.)

## Buchbesprechungen

### Ehrenburg, Ilja: Spanien von heute.

Ilja Ehrenburg, der uns durch eine ganze Reihe von Romanen bekannt ist, hat eine mehrmonatliche Reise im letzten Winter durch Spanien gemacht und gibt uns ein ziemlich anschauliches Bild von dieser „Republik der Werktätigen aller Klassen". Als linger Beobachter zeigt er uns in dieser Reisereportage, wie in Spanien trotz der Revolution im April vorigen Jahres alles beim alten geblieben ist und übt nun an diesen Zuständen eine scharfe, erbarmungslose Kritik. Er durchreiste kreuz und quer das ganze Land, durchforschte die großen Städte wie Madrid, Barcelona, Sevilla, Granada usw., dann das flache Land mit seinen in fast mittelalterlichen Verhältnissen lebenden Menschen. Der bei uns noch stark vorhandene Zauber von dem schönen Spanien wird von Ehrenburg restlos zerstört. Er zeigt uns das Leben in den Städten, wie auf dem Lande. Da sind diese Caballeros, die Kavaliere, die als „echte Individualisten" ihre Zeit in den Cafés totschlagen und sich überall durchpumpen. Ehrenburg glossiert die spanische Erotik, die feurige Liebeswerte flüstert und doch nichts weiter kennt als die plumpeste Begierde, dann die vornehmen Ausländer, dieser neu aufgezogene Fremdenverkehr, denen man die Kunststätten zeigt, aber nicht die Kehrseite, die Elendsviertel, die ganz dicht hinter den Kathedralen, Palästen, Wolkenkratzern liegen. Diese Elendsviertel, zum Beispiel Las Hurdes, wo die Menschen in elenden Löchern hausen und an lebendigen Leibe verfaulen, oder in Murcia, wo vor einem Muttergottesbild mit Millionenschmuck behängt, das zerlumpte, verelendete Volk sich drängt. In der Ostremadura wird den Landarbeitern ein Brunnen versiegelt, weil sie nur um eine Milderung der jahrhundertelangen Arbeitsbedingungen kämpfen. Die spanische Polizei, die Guardia Civil, schießt in die vor Hunger aufbegehrenden Bauern, die von den Klöstern und Grundbesitzern seit Jahrhunderten ausgesaugt werden, sie schießt auf die Hungernden, wenn sie im herrschaftlichen Walde Eicheln suchen. Alles dies wird den Ausländern, die in Scharen als Touristen Spanien bereisen und sich dort vor den alten Kunststätten in geborgten Maurengewändern photographieren lassen, nicht gesagt oder verschleiert. So schildert uns Ehrenburg das heutige Spanien mit allen seinen Widersprüchen, mit der lärmend verkündeten Freiheit, dem schwätzenden Cortes (Parlament) und auf der anderen Seite, der unangetastet fortbestehenden wirtschaftlichen und geistigen Knechtschaft. Ueber die Arbeiterbewegung erfahren wir allerdings in dem Buche so gut wie nichts, außer einigen kuriosen „Revolutionären" wie sie uns Ehrenburg vorstellt. Aber trotz dieses Mangels können wir das Buch allen denen empfehlen, die eine ungeschminkte Uebersicht über das heutige Spanien gewinnen wollen.

### Denise Leblond-Zola: Zola, Sein Leben, Werk und Kampf

Zum 29. September, dem 30. Todestage, an dem der große französische Dichter Zola 1902 infolge einer Kohlengasvergiftung starb, erscheint im Malik-Verlag eine ausgezeichnete Biographie, die bereits in französischer Sprache von der Tochter Zolas herausgegeben worden ist. Die deutsche Ausgabe von F. C. Weiskopf bearbeitet und kommentiert, muß als eine sehr saubere Arbeit angesprochen werden. Wir besitzen somit zum erstenmal eine gute Zola-Biographie in deutscher Sprache.

Wir erfahren hier von der ungeheuren Arbeit und Vorarbeit Emile Zolas, die viele, viele Jahre zu den meistgelesensten Büchern gehörten und noch heute gelesen werden. In anschaulicher Weise wird uns geschildert, wie sich in der gesamten Oeffentlichkeit, weit über die Grenzen des Kontinents hinaus, ein Für und Wider bildete, das zu den naturalistischen Romanen Stellung nahm. (Rougon-Macquart-Serie, Germinal, Arbeit, Wahrheit usw.) Aber auch von dem Dichterelend und den damit verbundenen Schwierigkeiten, der Feindschaft seiner Gegner, wozu auch das Totschweigen gehörte, erfahren wir zur Genüge. Einen besonderen Abschnitt des Buches nimmt die Dreyfuß-Affäre ein, bei der bekanntlich Zola eine hervorragende Rolle spielte. Sein „J'accuse . . ! (Ich klage an), indem er die französische Militärkamarilla zeißelt, ihre Korruption feststellt, brachte Zola einen Namen in der ganzen Welt ein. Aber innerhalb Frankreichs gelang es der Militärkaste mittels ihrer ergebenen Presse eine wüste Hetze gegen Zola zu entfalten. Zola wurde als „Spion im deutschen Solde" bezeichnet, man wurde handgreiflich gegen ihn, Jauchekübel wurden gegen sein Rad gegossen, wenn er damit seine Wohnung verließ. Zola mußte flüchten auf Anraten seiner Freunde, er blieb über ein Jahr im Exil in England, dort unerkannt unter falschem Namen, bis die Affäre Dreyfuß jene Wendung nahm, die die Unschuld Dreyfus bewahrheitete und somit auch Zola rehabilitierte. Das Buch gibt eine ganze Reihe Bilder von Karikaturen der Presse der damaligen Zeit, wie sie für und gegen Zola Stellung nahmen, sie waren zum Teil bisher wenig bekannt.

Was uns aber an Emile Zola besonders interessiert, ist seine Stellung zum Sozialismus, wie sie sich in seinen Romanen dokumentiert. Zola huldigte fast durchweg dem sogenannten utopischen Sozialismus eines Fouriers. Franz Mehring hat schon 1902 in der „Neuen Zeit" zum Tode Zolas festgestellt: „. . . Bereits in seinem früheren Romane („Germinal") läßt Zola einen Lieblingsjünger von Marx auftreten und so konfuse Reden führen, daß Zola bei aller experimentell-wissenschaftlichen Methode sich niemals mit dem wissenschaftlichen Sozialismus beschäftigt haben kann. Sein dichterisches Schaffen würde unendlich befliegelt worden sein, wenn er die Theorie des proletarischen Klassenkampfes als Schlüssel zur Analyse gesellschaftlicher Erscheinungen besessen hätte . . ." Aus den Aufzeichnungen Zolas ist aber festgestellt worden, daß er sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus beschäftigt hat und Marx „Kapital" gelesen haben muß. Trotzdem hat man nirgends feststellen können, daß dieses auf Zola irgend einen großen Einfluß ausgeübt haben kann. Selbst Laures hat in einer Besprechung des Romans „Arbeit" im „La petite République" zugeben müssen, „daß Zolas Sozialismus unzefähr der Fourierschen Utopie entspricht mit der sogenannten konstituierten Fabrik." Zola läßt seine Romanfigur Lukas Froment in „Arbeit" sagen: „Die vollständige und plötzliche Aufhebung des Eigentums, die er übrigens für undurchführbar hielt, konnte nicht im Werk gesetzt werden ohne schreckliche Katastrophen, deren schlimmste Folge eine Vermehrung der Leiden und des Elends wäre." Und so finden wir bei Zola zwar Anarchisten, Bodenreformer, Gewerkschaftler „an sich", die von Politik nichts wissen wollen, Syndikalisten, Utopisten, Verkünder lumpenproletarischer Rache-Ideale, Vulgärmarxisten, aber keinen Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, keinen revolutionären Marxisten. Der Kampf der Rebellen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung gipfelt nur zu oft z. B. im individuellen Terrorakt. Maschinist Suwarin in „Germinal", der nach dem verlorenen Streik das Bergwerk vernichtet oder der Lumpenproletarier Fouern in „Mutter Erde" schwärmt für die Brandlegung und Plünderung der Kirchenbasse oder ehemalige Abbé Fromont in „Paris" spielt mit dem Gedanken, die Kathedrale von Montmartre in die Luft zu sprengen und der Töpfer Lange in „Arbeit" ist der Ansicht, daß „nur die Bomben das Volk aufwecken kann". In dem Roman „Geld" des Rouyon-Macquart-Zyklus" läßt Zola den Sigismund Busch, das Programm des wissenschaftlichen Sozialismus entwickeln (Busch war der frühere Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung" und Gefährte Marxens). Aber wie endet diese Erklärung Buschs in „Geld"? „Er glaubt die herrschende Klasse werde sich schon selber zugrunde richten: „Wir warten ab, bis alles zusammenbricht."

Obwohl Zola selbst einmal hat zugeben müssen, daß er in kein Problem einzudringen vermochte, ohne auf den Sozialismus zu stoßen, so ist ihm doch der tiefere Einblick in das Marxsche System verschlossen geblieben. Aber trotzdem muß doch die aller Kritik, die wir an Zola üben, festgestellt werden, daß er wie kein anderer stets seine Stimme der proletarischen Bewegung geliehen hat, er war immer auf der Seite der Ausgebeuteten, gegen die herrschende Klasse, daß muß festgehalten werden. Wer sich deshalb ein Buch machen will von dem Leben und Wirken dieses großen Dichters und Künstlers, dem sei dieses Buch des Malik-Verlages aufs wärmste empfohlen.

## Die Nemisis der Geschichte

Die vom Kopf bis auf den Fuß auf Verfassungstreue eingestellte Papenregierung hat in Fortsetzung der von Ebert bis Brüning geübten Weimarer Verfassungsgepflogenheiten diese bis zur Virtuosität ausgebildet. Sie übertrifft darin die in letzter Zeit in dieser Spezies machenden Hitlerjaner. Der 20. Juli und der 12. September sind Spitzenleistungen ersten Ranges. Gegenüber den Vorwürfen, daß solche Politik Verfassungsbruch sei, ist das Kabinett durch die Brüninggsche Notverordnung über die Presse gesichert.

Aber der ausgeklügelste Froschl-Mäusekrieg, ob ein Verfassungsbruch kein Verfassungsbruch und kein Verfassungsbruch ein Verfassungsbruch ist, kann die alte aber harte Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Verfassungsfragen eben Machtfragen sind. Und zwar Machtfragen, die nicht durch ellenlange Briefe oder auf dem parlamentarischen Parkett, sondern in den Betrieben und auf der Straße entschieden werden.

Der 20. Juli und 12. September waren Akte einer staatserhaltenden Revolution von oben. Die einzige richtige Antwort auf diese Politik war die Revolution von unten. Diese Antwort erfolgte nicht. Nach dem ersten Akt hatte die Junker- und Generalsregierung mit dem Faktum eines Gegenschlages gerechnet und für kurze Zeit den Ausnahmezustand als schützende Deckung verhängt. Nach dem 12. September war auch das überflüssig.

Die parlamentarische Basis, auf der das Kabinett der Barone und Generäle regiert, ist die rote Mappe mit der Auflösungsordre. Im Jahre des Heils 1932 hat die rote Kladde die höchste Form der bürgerlichen Demokratie verkörpert. Hatte der deutsche Arbeiter auch nicht jeden Monat sein Huhn im Topf, so doch wenigstens seine Wahl. Mit der Auflösung in der Tasche zu regieren ist kein Kunststück, sondern charakterisiert das Kabinett nur als eine Regierung der Diktatur mit faschistischen Methoden. Der Papenregierung fehlt aber auch die Massenbasis, trotzdem sie durch die Tolerierung der Nationalsozialisten in den Sattel gehoben wurde. Zurzeit benutzen die Faschisten den Konflikt zwischen Regierung und Parlament für ein neues Alibi. Die einzigen Stützen der Regierung sind der Herrenklub und die Militärs. Auf die Dauer läßt sich mit diesen Kräften keine reaktionäre Politik machen, das um so weniger, als der Boden, auf dem die Regierung steht, der von der Todeskrise geschüttelte Kapitalismus ist. Die Ruhe zwischen dem 20. Juli und 12. September hat die Regierung der militärischen Diktatur allerdings ausgenutzt, um sich eine Massenbasis im Stahlhelm zu schaffen. Auch wurden Fäden zu den „freien" und christlichen Gewerkschaften gesponnen, die nicht ganz ohne Erfolg geblieben sind.

Wer den tragikomischen Krach zwischen der christlichen und sittlichen Papenregierung mit den parlamentarischen Parteien als einen ernsten Streit zwischen der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt hält, ist ganz eklig auf dem Holzweg. Das hieße den Schein der Dinge für ihres Wesenskeim halten. Der Inhalt des Konflikts mit der Diktatur ist der Konflikt der Diktatur um den Inhalt. Es ist der Kampf der verschiedensten bürgerlichen Klassengruppen, der Diktatur ihren Klasseninhalt zu geben. Dieser Streit um die Diktatur von oben, bot der Arbeiterklasse eine günstige Gelegenheit mit ihrer Diktatur von unten zu antworten. Warum blieb auf den konterrevolutionären Angriff das revolutionäre Echo aus?

Als die Sozialdemokratie am 20. Juli wie alter demokratischer Müll auf den Kehrichthaufen gefegt wurde, wirbelte das in ihren eigenen Reihen nur wenig Staub auf. Das alte Jauchwasser „Wahltag ist Zahltag", wurde in überreichlichem Maße gesprengt, als Ersatz für die verlorenen „Machtpositionen". Die kleinbürgerliche Demokratie ist von solch hündischer Feigheit, daß sie nach den politischen Fußtritten vom 20. Juli und 12. Sept. nur noch knurrt. Mit der blödesten Makellosigkeit torkelt der demokratische Kleinbürger in die schmählichste Niederlage hinein und heraus, als ob nichts geschehen wäre. Wie die abgebrochenen Zinken einer Mistgabel ragen die drei Pfeile aus dem Schrott der Geschichte heraus. Eine kläglichzahm auftretende „Opposition" hat nichts zu tun mit proletarischer Klassenempörung, sondern entspringt derselben Wurzel, aus der das ganze Verhalten der Sozialdemokratie zu verstehen ist. Diese Wurzeln liegen, unbeschadet der persönlichen Schuld, in der Staatsauffassung, der Abhängigkeit der Gewrkschaften und dem Zwang der eigenen Praxis.

Die aufgeblasene Entrüstung der SPD über den Gewaltstreich der Papenregierung konnte von den Junkern mit einer Handbewegung beiseite geschoben werden. Das war eine Politik, die von der SPD begonnen und durch Tolerierung fortgeführt wurde. Wer wie die Sozialdemokratie im Staate kein Werkzeug der herrschenden Klassen gegen das Proletariat sieht, sondern ein Instrument zum Ausgleich der Klassengegensätze, kann gegen die Gewalthaber keine revolutionäre Massenaktion entfalten, wenn die Staatsmacht zum Hebel reaktionärer Maßnahmen dient. Das Einzige, wozu sich der demokratische Kleinbürger aufrafft, ist ein lendenlahmes Geflenne über die Zerstörung des staatlichen Autoritätsglaubens.

Von Eingeweihten, die es wissen müssen, wird außerdem behauptet, daß die Kapitulation der SPD durch die Gewerkschaften verschuldet sei. „Die Genossen Braun und Severing haben ständig beim Parteivorstand angerufen: Uns geht es so und so, was sollen wir tun? Aber Genosse Tarnow und sein Kreis haben jede Aktion abgelehnt." Daß die SPD mit Schmerzen auf die Unterstützung der Gewerkschaften gelauert hat, ist einerseits ein Zeichen für ihre Abhängigkeit und Schwäche, aber anderseits auch nur ein Beweis dafür, daß der ADGB durch seine Politik zu einer Stütze im Staatsapparat geworden ist. Die Gewerkschaften fungieren mit den Betriebsräten als eine Ergänzung der Polizei, die für Ruhe und Ordnung in den Betrieben zu sorgen haben. Ebenso wie Ebert hassen die Gewerkschaften die Revolution wie die Pest. In einem Artikel der Gewerkschaftszeitung (dem Organ des ADGB) vom 17. Sept., der das Papenprogramm „verantwortungsbewußt prüft", wird vor einem „blinden Oppositionseifer" gewarnt und anerkannt, „daß die Regierung Papen einen großen Wurf gewagt habe". Wenn man die Verordnung des Hungers als großen Wurf lobpreist, kann man selbstverständlich keine Aktion dagegen unternehmen.

Aber auch noch aus einem andern Grunde sind die Gewerkschaften gegen Massenaktionen: Die staatserhaltende Politik hat sie nicht nur zu Polizeibütteln, sondern auch zu einer Ergänzung der sozialen Unterstützungseinrichtungen gemacht. Der Kern ihres Bestandes besteht nicht aus umsturzhungrigen Stürmern, sondern aus Jubilaren, die im Eisbeinessen ihre beste Tradition haben. Es sind jene typischen Kleinbürger, die die Grundlage einer Organisation einzig vom Standpunkt des Geldbeutels beurteilen. So sehr es richtig ist, daß zum Kriegführen Geld gehört, so wenig kann heute die Notwendigkeit der Revolution von unten gegen die Revolution von oben von den vollen Kassen abhängen.

In einem Widerspruch zu der Annäherung der Gewerkschaften an die neueste Staatsführung steht scheinbar ein Brief des Bundesvorsitzenden Leipart, wo von der „Zeit der stärksten Reaktion" gesprochen wird, die „uns zwingt neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen". Aber unter dem Löwenfell verbirgt sich doch nur Heinz Schnok der Schreiner, wenn der Kampf gegen „die Lohndruck-Verordnung mit der Waffe des Volksentscheids" geführt werden soll. Es ist die Nemisis (strafende Göttin) der Geschichte, daß man von der bürgerlichen Gesellschaft nicht ißt, ohne daran zu sterben. In dem Maße wie die Gewerkschaften ein Rettungsanker der Ausbeuterordnung wurden, in demselben Maße wirkt ihr Apparat wie ein Kontergewicht gegenüber der proletarischen Aktion.

Sind so SPD und Gewerkschaften durch den Gang der Geschichte mit Ketten an den Karren des Kapitals geschmiedet, so hindert die Stellung der KPD zu Rußland, und damit ihr Zickzickkurs in der Gewerkschafts- und Parlamentsfrage sie daran einen führenden Einfluß auf die Arbeiterklasse zu gewinnen. Immer wieder galvanisiert die KPD durch ihr parlamentarisches Theater den toten Parlamentarismus. Sie ersetzt die Aktion der Massen durch den parlamentarischen Kretinismus der Fraktion. In der Gewerkschaftsfrage durchschwankt sie alle Skalen der Entwicklung, von der Gründung selbständiger Verbände bis zu der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front. Oft laufen die verschiedensten Gewerkschaftslinien wie Kraut und Rüben durcheinander, was dann als einzig richtige Generallinie proklamiert wird. Diese Politik kann dem toten Gewicht der Gewerkschaften gegenüber kein Auftrieb für revolutionäre Aktionen sein, sondern treibt viele Proletarier in eine alles negierende Passivität.

Um den Zusammenbruch ihrer Gewerkschaftstaktik zu verdecken, hat die KPD die „antifaschistische Aktion" als Hebel der Massenaktion mit gleicher Erfolglosigkeit angekurbelt. Der Massenbetrug kann aber nie zum Triebrad der Massenbewegung werden.

Die kapitalistische Bestie rast in den Abgrund. Die Knochen des Proletariats sollen den Karren vor dem Sturz b

# Das Fiasko der Hoovercschen Prosperitäts-Konferenz

Wenn man sich heute die katastrophale Lage ansieht, in der sich alle kapitalistischen Länder, auch das Land der „Prosperity", die Vereinigten Staaten, befinden, kann man feststellen, daß sich die Weltwirtschaftskrise in allen Ländern weiter verschärft hat und alle Worte von einer „Wirtschaftsbelebung" eitel Schwindel sind. Schon im Februar 1930 prophezeite Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten, in einer ihm eigentümlichen, selbstsicheren Weise, daß die Krise in 60 Tagen ihr Ende nehmen werde. Doch die praktischen Erfahrungen die Hoover mit seiner Prophezeiung machte, genügten noch nicht. Herr Kellog hielt es sich selbst im April 1932 noch nicht nehmen, zu erklären, daß seiner Ansicht nach die lange Periode der Weltdepression beendet sei. Die Sprache der Tatsachen ist allerdings eine andere, wenn man bedenkt, daß die industrielle Produktion in den wichtigsten kapitalistischen Ländern seit dem Jahre 1928 bis heute um 50 Prozent zurückgegangen ist und man heute eine weitergehende allseitige Verschärfung der Krise konstatieren muß, wobei selbst die bürgerlichen Oekonomen beginnen pessimistisch zu werden. Die „Neue Züricher Zeitung" konstatiert gegenüber „der Welle des Optimismus" insbesondere auf Nordamerika, eine Verschlechterung der Produktion und gebraucht das Wort von einem „Vabanque-Spiel, dem die Regierung mit dem größten Einsatz von Prestige und Macht verfallen ist."

Trotzdem trat auf Hoovers Initiative eine Konferenz von mehr als 350 Delegierten der amerikanischen Industrie- und Finanzwelt in den letzten Tagen des Monats August in Washington zusammen. Hoover sagte wörtlich: „Diese Konferenz wurde einberufen, da wir davon überzeugt sind, daß wir den Höhepunkt der Finanzkrise, einer Krise, die in der Geschichte der Welt ihresgleichen nicht hat, überschritten haben. Zweck der Konferenz ist die private Initiative besser zu organisieren und mi den Maßnahmen der Regierung so zu koordinieren, daß der Fortschritt der Erholung der Geschäfte in Landwirtschaft und Industrie gefördert werde." Man wählte als einen „zentralen Kriegsrat für die Attacke gegen die Reste der Depression. Dieser zentrale Ausschuß hat die Aufgabe, die sich auf sechs Gebiete erstreckende Kampagne zur Ausdehnung der Kredite und zur Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter durchzuführen. Dieser Ausschuß besteht aus den führenden Persönlichkeiten der Industrie und des Bankwesens und wird geleitet von dem Bankier aus Los Angeles, O. M. Robinson, einem guten Freunde Hoovers. Die Konferenz ernannte sechs Unterkommissionen. Young hat sich mit dem Problem der Nützlichmachung der Kredite zu befassen, Daniel Willard, der Präsident der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn und Houston, der Präsident der Baldin-Lokomotiv-Werke sollen versuchen, die Zahl der beschäftigten Eisenbahner zu „erhöhen" und „das Eisenbahnwesen durch Beschaffung neuer Aufträge zu entwickeln, Walter C. Teagle, der Präsident der Standard Oil Co. von New-Jersey soll durch die Verbreiterung des sogenannten Stagger-Systems die Zahl der beschäftigten Arbeiter erhöhen.

Die Hauptaufgabe der zentralen Kommission soll sein, daß sie als eine Zentralkommission zur Herstellung des Kontakts zwischen den verschiedenen Unterstützungsorganen, den öffentlichen und privaten. anstrebe und zur Koordierung der Arbeit und der Anstrengungen derselben beitrage. Das „Journal of Commerce" vom 29. August beschäftigte sich in einem redaktionellen Artikel mit der Stellungnahme Hoovers und sagte, daß Hoover erst mit Nachdruck die privaten Firmen zur aktiven Zusammenarbeit mit den Untersützungsorganen der Regierung aufgefordert, dann wiederum vorsichtig festgestellt habe, daß es nicht zum Arbeitsplan der Regierung gehöre, Pläne zur Ueberwindung der Erwerbslosigkeit durch systematische Verringerung des Arbeitstages auszuarbeiten. „Mit einem Wort" — sagt die Zeitung — „es ist unmöglich, festzustellen, ob der Präsident nur in Variationen wiederholt, was er früher gesagt hatte, daß nämlich der Tiefpunkt der Krise überwunden sei oder ob er ein positiveres Aktionsprogramm meint, daß über seine früheren Pläne hinausgeht." Die süße Stimme Hoovers und seiner Bankleute, die sie im Jahre 1930 und 1931 ertönen ließen, um eine Wiederkehr der Prosperität in USA vorzuzaubern, ist zu einem verzweifelten Kreischen geworden.

Die augenblickliche Lage hat ihre politische Bedeutung im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentenwahlen. In den letzten Wochen zeigte der Effektenmarkt einen Aufschwung infolge der Spekulation der Wallstreet und der europäischen Finanzgewaltigen. Die kapialistische Presse begann mit einer allgemeinen Kampagne, in der alle Neuigkeiten, die auf eine wirtschaftliche Erholung hindeuten, grobartig aufgebauscht wurden, sei es die Wiedereröffnung irgendeinen Betriebes, sei es irgendein Zufall, der dann als Zeichen der allgemeinen Belebung im ganzen Lande hingestellt wird. Der einzige Faktor, den man als „Wirtschaftsbelebung" annehmen könnte, ist die Hausse der Rohstoffe. Diese Preissteigerung hat aber ihre ausgesprochene Ursache darin, daß die Hoover-Regierung auf dem Wege über die Banken dem Großhandel Milliarden zur Verfügung gestellt hat, um die aufgehäuften Lager zu sperren und ihre Verschleuderung zu verhüten. Mit einigen Ausnahmen: Kupfer, Blei und Kautschuk steigen, weil die Rüstungsindustrie sich ungeheure Vorräte von diesen Rohstoffen zuletzt. Auf Grund all dieser Tendenzen berichtete das amerikanische Arbeitsministerium, daß „der Monat August zu Hoffnungen berechtigte." Diese Behauptung beruht eben auf Annahmen und Hoffnungen, was der Einstellung der Hoover-Regierung zu den wirtschaftlichen Tatsachen seit der Krise entspricht.

Wie sieht nun aber die Wirklichkeit in der USA aus? Nach den Angaben des Statistischen Arbeitsamtes in Washington, ist die Erwerbslosigkeit in ganz USA im August um 3,4 Prozent gegenüber Juli gestiegen. In derselben Periode zeigte der Staat Newyork, einer der führenden Industriestaaten in USA, dessen Lage gewöhnlich der Lage im ganzen entspricht, eine Abnahme der Beschäftigten um 5,3 Prozent, wobei im Juli der tiefste Punkt seit der Periode der Krise erreicht wurde. Der Stand der elektrischen Krafterzeugung zeigt neue Rekordtiefstände (13 Prozent unter Vorjahr), die Stahlerzeugung arbeitet mit kaum 14 Prozent ihrer Kapazität. Die Automobilproduktion betrug im Juli nur noch die Hälfte der vorjährigen, der Güterverkehr der Eisenbahnen steht im Zeichen völliger Stagnation. Der Baumwollkonsum ist weiter gesunken, der Außenhandel schrumpft immer weiter zusammen. Die Untersuchungskommission der technischen Hochschule von Columbia berichtet, daß die Stahl-, Automobil-, Metallindustrie, die Berg- und Kraftwerke sowie die Leichtindustrie im August 100 000 Arbeiter entlassen haben. In Detroit (Ford) sei die Beschäftigung die niedrigste seit der Zeit, wo die Automobilindusrie die größte geworden ist.

Trotzdem veröffentlicht die kapitlistische Presse Nachrichten über „Antrieb in der Industrie im ganzen Lande" und Hoover „sieht den Höhepunkt der Krise als überschritten". Die Finanzblätter bringen aber Nachrichten, die das Gegenteil zeigen. Die „Herald Tribune" vom 29. August schreibt, daß die Republic Steal Corporation 5 Hochöfen ausgeblasen hat, daß die Stahlproduktion die niedrigste ist in der Geschichte von Mahoning Valley (Ohio), wo nur 4 von 68 Betrieben arbeiten, und daß im Distrikt Youngstown von insgesamt 83 Betrieben nur 10 arbeiten. Im „Annalist" heißt es „die Stahlindustrie hat keine Bestellungen weder für sofort noch später". Die Roheisenproduktion war im Juli die niedrigste seit 1896. Die Tagesproduktion betrug im Juli 1932 nur 17 Proz. der Produktion von 1929.

Was hat eigentlich nun die Hoover-Konferenz für einen Sinn gehabt? Für Hoover selbst ist sie ein politisches Manöver, das seine Chancen für die Neuwahl steigern soll. Vor allem sollen aber durch diese Mehode die wachsende Not und das Elend der Arbeiterklasse in der USA verhüllt werden, das in diesem Winter eine nie dagewesene Höhe erreichen wird. Des weiteren will man sich auch vor einer Erwerbslosen-Unterstützung drücken, indem man den Arbeitern die nahende Prosperität verspricht. Hoover sagte: „Ich wünsche, daß die Bankwelt, die Industrie und der Handel im allgemeinen weitere Initiative und Verantwortlichkeit zeigen." Diese Versprechungen dienten stets dazu, immer neue Lohnkürzungen durchzusetzen. Wir kennen sehr wohl „diese Initiative und Verantwortlichkeit". Fred hat selbst erklärt, daß „er sein Glück einsetzen würde", um wieder zur Prosperität zu gelangen, um die Arbeiter beschäftigen zu können. Als dann tausende von Arbeitern von seine Betriebe zogen, um Arbeit zu verlangen, wurde ihnen mit Polizeikugeln geantwortet. Aber inzwischen hat auch das ganze „Prosperitätsspiel" eine Wendung genommen. Die Spekulation konnte nicht bis zu den Wahlen durchhalten. Ein jäher Kurssturz setzte in den letzten Tagen an der Börse ein, der die Spekulations-Hausse bereits zum Teil wettzemacht hat. Eine pessimistische Stimmung hat allmählich unter dem Prosperitätsgeschrei der Kapitalisten Platz gewonnen. Zweifellos wird dieses amerikanische Manöver noch seine internationalen Auswirkungen haben. —

# Anarchismus, die Nachgeburt des Liberalismus

Viele Arbeiter, die vom Anarchismus wenig wissen, betrachten ihn als eine Bewegung, die der kommunistischen verwandt ist oder gar am nächsten steht, die links von ihr steht usw.; es ist daher notwendig, diese fatalen Irrtümer aufzuklären.

Die klassischen Werke des Anarchismus sind vor hundert Jahren entstanden, in ihnen drückt sich der Haß des aufstrebenden, um Handels- und Gewerbefreiheit ringenden Bürgertums gegen den starren, jede Freiheit unterdrückenden, auf Autorität, Gewalt und Religion gestützten Feudalstaat aus. Während der Liberalismus, die große geistige Schöpfung der florierenden Bourgeoisie, den Staat nur die feudalen Gittzähne ausreißen und ihn zu der Rolle eines „Nachtwächters" degradieren wollte, der nichts weiter zu tun hat, als die Pfeffersäcke zu beschützen; während der Liberalismus die Autorität und Moral humanisieren, die Religion rationalisieren, auf ihren „vernünftigen" (d. h. für das Bürgertum brauchbaren) Moralgehalt reduzieren wollte — tritt beim Anarchismus ein krisenhaftes Moment hinzu, das Geschäft floriert schon weniger, man verliert den Kopf und schlägt auf den Tisch: Der Staat muß ganz weg, gar keine Gesellschaft darf es geben, gar keine Autorität und Herrschaft, gar keine Gebundenheit des Einzelnen, ich bin ich und die andern können mich! Das ist der Standpunkt, den Max Stirner in seinem Werk „Der Einzige und sein Eigentum" entwickelt hat, der krasseste bürgerliche Egoismus, der ordinär gewordene Liberalismus. Aus allen Poren blut- und schmutztriefend betritt das Bürgertum die Bühne der Geschichte, sein Geschrei nach „Freiheit" bedeutet nichts anderes als: Nieder mit allen Schranken des Herkommens, der Moral, der Sitte und des Rechts, frei handeln und ausbeuten wollen wir bis zur Bewußtlosigkeit, nieder mit der adeligen Unterdrückung, es lebe die bürgerliche! Die Theorie der gewaltsamen Niederreißung aller feudalen Autoritätsschranken, die Theorie der **bürgerlichen Revolution**, das ist der **Anarchismus**.

Die alten Anarchisten, die mit Bomben und Dolchen die gekrönten Häupter aus dem Weg räumten, hatten wenigstens noch Mark in den Knochen, wemgleich sie die Throne nur für die breiten Hintern der Bourgeoisie frei machten, wie sehr dagegen ihre Enkel von heute, die die Gewalt ablehnen und nur mi Erkenntnis, Belehrung, Rohkost, Samenstrangabbindung usw. arbeiten, herabgekommen sind und am geistigen Hungertuch nagen, beweist neuerdings eine Broschüre „Gedanken über Anarchie" von St. Ch. Waldecke. So etwas wie ein Programm hat ja der Anarchismus nicht, denn sein Grundsatz ist, daß jeder Mensch ein Narr auf eigene Hand sein soll, aber die Grundgedanken und Prinzipien der Herrschaftslosigkeit bringt der Verfasser sehr gut zum Ausdruck und wir wollen darum die Broschüre aufmerksam durchgehen.

Anarchie ist absolute Gewaltlosigkeit, sie kann nicht mit Gewalt eingeführt und niemandem aufgedrängt werden. Erst wenn alle Leute Anarchisten sind, beginnt die Sache. „Vielleicht kann ich jemand hindern, mich zu beherrschen, aber solange ich ihn dazu **zwingen** muß, ist doch nicht Anarchie". Von da ist nur mehr ein Schritt zu dem christlichen: Widersteht nicht dem Bösen und haltet die Backen bin. Man kann aber schon auf der Erde beginnen. Rebellion oder Revolution ist nicht notwendig, wo es Anarchisten gibt, können sie gleich mit der Anarchie anfangen. „Hier also und **jetzt** heißt es zu beginnen." Und was geschieht mit der Produktion und Wirtschaft? Nichts darf herrschend sein, also auch nicht der Kommunismus: „Manche haben noch nicht erkannt, daß die am meisten **autoritären Parteien**, ganz gleich, ob sie angeblich rechts oder links stehen, die vom Anarchisten am stärksten zu bekämpfenden sind, z. B. Nationalsozialisten u n d marxistische Kommunisten." Die Staatspartei ist dem Anarchisten wahrscheinlich noch am sympathischsten. Den Kommunismus bekämpfen, d a s heißt natürlich nicht, sich eine Autorität anmaßen! „Wer vor der Räteidee kapituliert, ist überhaupt kein Anarchist." Und trocken sagt es der Anarchistenführer heraus: „Der Anarchismu trägt auch nicht klassenkämpferischen Charakter im marxistischen Sinn." Der Verfasser ist historisco und politisch so ahnungslos und andererseits im Anarchismus so gut beschlagen, daß er nicht verlehlen kann, den bürgerlichen Charakter dieser fossilen „Bewegung" selbst klarzulegen und zu zeigen, daß sie mit der proletarischen Bewegung unserer Zeit überhaupt nichts zu tun hat. Er sagt selbst: „Der ältere Liberalismus eines Jefferson, Paine, Diderot usw., die den Staat als ein Uebel ansahen — leider ein notwendiges — das aber als ein U e b e l so weit wie irgend möglich beseitigt werden müsse, steht dem Gedanken des Anarchismus näher als Demokraten, Sozialdemokraten und Klassenkämpfer für Diktatur." Die proletarische Diktatur ist ihm womöglich noch widerlicher als der bürgerliche Klassenstaat. Was also nun eigentlich Anarchismus ist, ist schwer zu sagen; da niemandem eine bestimmte Meinung aufgedrängt werden darf, ist es eigentlich am besten, überhaupt den Mund zu halten. Wenn jemand sagt: Anarchismus ist ein Kuhstall, darf ihm der richtige Anarchist auch nicht widerlegen, denn das wäre schon wieder Autorität und Terror in der Meinungsfreiheit. Natürlich „**würde jede** — selbst, wäre es möglich, die objektiv richtige — **Lösung der Gesellschaftsfragen**, ohne Zustimmung **jedes einzelnen Gesellschaftsmitgliedes**, eine völlig **unanarchistische** Handlung sein." Da heißt es also im Kapitalismus verhungern, solange nicht jeder einzelne Kapitalist sich für die kommunistische Gesellschaft erklärt! Und so etwas will „links vom Kommunismus" stehen!! In der Demokratie herrschen 51 Proz., in der Anarchie braucht man 100 Proz., sie ist also noch um 49 Proz. blödsinniger. — An eine Weltwirtschaft denkt Herr Waldecke natürlich nicht, das wäre eine zu große Organisation, man muß die Sache kleinweise machen, ein bißchen Individualismus, ein Stückchen Kommunismus und dann die Erfahrungen abwarten und verwerten. „Ich persönlich bin von mehr individualistischen Gedankengängen im Sinne Stirners, etwa auch noch von St. P. Andrews und G. Landauer, stärker beeindruckt, glaube aber durchaus an die Möglichkeit eines die Freiheit nicht beeinträchtigenden Kommunismus im engeren Kreise auf der Grundlage menschlich naher Beziehungen und habe ihn selbst schon gelebt." Jetzt endlich wissen wir, wie der kleine Moritz sich den Kommunismus vorstellt! Ein paar Familien in angrenzenden Schrebergärten „leben" Kommunismus, ein paar andere wieder Kapitalismus und das Ganze ist Anarchie! Zerschlagen wir gleich die Welt in lauter Robinsoninseln, alsdann kann jeder am Ufer sitzen, in der linken Hand den Max Stirner, in der rechten eine Angel, um sich einen Fisch zu fangen, und der Marxismus ist endgültig getötet!

Der Anarchismus ist eine stehende „Bewegung", er ist tot seit der bürgerlichen Revolution und daher auch historisch blind. Er sieht nicht die Weltenwende, den Zusammenbruch des Individualismus, er leiert sein hundertjähriges Sprüchlein von der individuellen Freiheit herunter, wo wir nicht „Freiheit", sondern **Organisation**, nicht Losgebundenheit und Einzelgängertum, sondern tiefstes Verschmelzen, Unterordnung und Zusammenfassung aller Kräfte zur sozialistischen Planwirtschaft brauchen. An die Stelle des „Einzigen" tritt die Gesellschaft, an die Stelle des Ich das Wir, nicht „Freiheit" wollen wir, sie besteht ohnehin im kapitalistischen Staat, jeder kann tun und lassen was er will, hingehen wo er will, dafür aber auch verrecken wie und wo er will — nicht individuelle „Freiheit" ist unsere Parole, sondern die gesellschaftliche Geschlossenheit!

# Proletarisches Notizbuch

**Berlin**

Die BZ am Mittag meldet: „Bei dem Essen, das vom Reichswehrministerium für die fremdländischen Militärattachés und Manövergäste **beleuendeter Armeen** gegeben wurde, hielt der ungarische General Stojakovicz eine schwungvolle Rede, die in dem Wunsch nach alsbaldiger **Gleichberechtigung Deutschlands** auf militärischem Gebiet ausklang und in die alle Anwesenden — Italiener, **Russen**, Schweizer, Schweden, Amerikaner, Bulgaren, Litauer und Tschechen waren vertreten — in **aufrichtiger Begeisterung** einstimmten. Den Antwortton stat verlas General von Hammerstein." —

„Sage mir mit wem du umgehst, so werde ich dir sagen wer du bist!"

**Bukarest**

Die rumänische Regierung hat auf Drängen Frankreichs beschlossen, einen Nichtangriffspakt mit Rußland abzuschließen. In der beßarabischen Frage wurde eine Formel gefunden, die sowohl Rumänien als auch Rußland befriedigt. — Ein weiterer „Transmissionsriemen", der dazu dient, „zwei Systeme und zwei Welten" zu verbinden.

**Moskau**

Am Sonnabend, den 24. September ist das russisch-japanische Petroleumabkommen unterzeichnet worden. Das sowjetrussische Petroleumsyndikat verpflichtet sich, jährlich 60 000 Tonnen Erdöl für die japanische Kriegsflotte zu liefern. Das Abkommen tritt sofort in Kraft. Der Vorsitzende des russischen Petroleumsyndikats begrüßte die Unterzeichnung als Entspannung der politischen Lage im fernen Osten. — Das ist eine würdige Finale zum „Abtikriegs"-Theater in Amsterdam.

**Essen**

In dem Tarifstreit im Ruhrbergbau fällte der Schlichter einen Schiedsspruch, durch den die Schlichtung um vier Monate verlängert wird. Der Schlichter gab der Hoffnung Ausdruck, daß dem Reichsarbeitsministerium eine Verbindlichkeitserklärung erspart bliebe, daß es vielmehr zu einer Einigung zwischen den Parteien käme. —

Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch angenommen. Denn es ist zweifelhaft, ob die Arbeitsgerichte den Streik sanktioniert hätten.

**Paris**

Der Komponist der „Internationale", de Geyter, ist gestorben. Politisch gehörte er seit 1921 der Kommunistischen Partei Frankreichs an.

## Billige Broschüren

Lenin. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats —,15
— Zur Agrarpolitik der Bolschewiki —,15
— Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? —,15
Trotzki, Der Charakter der russischen Revolution —,15
Marx-Engels, Das kommunistische Manifest —,10
Nieder mit dem bürgerlichen Parlament! —,10
Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union? —,10

Zu beziehen durch die
**Buchhandlung für Arbeiter-Literatur**
Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

## Organisatorische Mitteilungen

### Groß-Berlin

**Versammlungskalender.**

**3. Bezirk.** Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Glaslow, Malplaquetstr. 24.

**6. Bezirk.** Alle 14 Tage (Freitag) 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.

**14. Bezirk.** Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Speisebecher, Herfurthstraße, Ecke Schillerpromenade.

**17. Bezirk.** Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Oltritzstr. 36.

**Nowawes.**

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von O t t o G e b a u e r, Karl Gruhlstr. 62, die Funktionärversammlung der Partei und Union statt.

**Ortsgruppe Bonn.**

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Pönderan, Doestrasse 3.

Sympathierende und KAZ-Leser haben Zutritt.

Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

**Weißensee.**

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, bei A. Mehrheim, Alte Leipziger Str. 15: D i s k u s s i o n s a b e n d.

## Eingänge für den Pressefonds

| | |
|---|---|
| GHA . . . . . | 30,95 RM. |
| RAA . . . . . | 76,30 RM. |
| Gen. B., Weserstraße | 2,— RM. |

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hackbarth, Berlin-Lichtenberg. — Druck: Druckerei für Arbeiterliteratur Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Str. 79.

13. Jahrg. Nr. 11

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, November 1932
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13

Bei Bezug unter Streifband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

# Seine Majestät: Der Wahlzettel!

Der kann es sogar zuwege bringen, daß wir nach dem 6. November keine Papenregierung mehr haben! Schon in den letzten Tagen ging ein Flüstern durch den deutschen Blätterwald, daß die „Basis" der Regierung immer enger wird. Die Profitgeier, die an der Ausfuhr verdienen wollen, können sich mit den Agrariern schwer einigen, die durch die Autarkiepolitik alle handelspolitischen Möglichkeiten abdrosseln möchten, um für ihre Produktion das ausschließliche Monopol zu errichten. Und wenn wir nun bei der Wahl scharf rangehen, purzelt die Papenregierung und dann ist der Weg frei, „zurück zu Weimar, zum Recht", frei nach dem „Vorwärts". Also wählen, wer nicht wählt, hilft der „Konterrevolution"!

Man darf sich über Leute, die wochenlang vor dem Staatsgerichtshof nachgewiesen haben, daß sie sich in bezug auf Umlegen von Proleten von niemandem übertreffen lassen, nicht wundern, wenn sie im gleichen Atemzuge gegen die „Konterrevolution" sind. Der brave Bürger hat eben neben seiner praktischen Tätigkeit auch seine Ideale. Der Kapitalist, der Proleten ausbeutet bis aufs Blut, der Bravo schreit, wenn sich Rebellen, von der Polizeikugel getroffen, in ihrem Blute wälzen, liest auch gelegentlich ein „gutes" Buch, sieht sich „Die Räuber" von seinem Schiller an und ist vielleicht auch eifriges Mitglied eines Tierschutzvereins. Der idealisierte Lump ist nun einmal die kapitalistische Gesellschaft in Person.

Die Angestellten der Wahlvereine handeln ganz konsequent, wenn sie das Blaue vom Himmel herunterlügen. Das ist ihr B e r u f. Floriert das Geschäft nicht, können sie stempeln gehen. Um „ins Geschäft zu kommen", ist Reklame nötig und Reklame ist keine moralische Angelegenheit. Der Zweck heiligt jedes Mittel. Wenn Margarinefabrikanten behaupten, von ihrer elenden Schmiere bekämen Proletenkinder rote Backen, warum soll die SPD nicht sagen dürfen, sie führe die Arbeiterklasse herrlichen Zeiten entgegen? Solange die Proleten den Dreck, den ihnen die SPD vorsetzt, trotz aller Erfahrungen schlucken, werden die Berufskonterrevolutionäre ihr dreckiges Handwerk genau so fortsetzen wie jemand, der mit hölzernen Herrgotts handelt; obleich er über seine Kunden innerlich lacht. Geschäft ist Geschäft.

Die parlamentarischen Arbeiterparteien sind die eingezogen Betriebe, die trotz der Krise noch voll beschäftigt sind; und daß die SPD die Wahlparole ausgeben kann: zurück zu Weimar! beweist, daß die Leute recht hoffnungsfroh in die Zukunft sehen. Sie glauben, die Dummheit der Massen ist ein Rohstoff, der nie zu erschöpfen ist. Ihr Dreh, den sie vorhaben, ist so plump, daß man schwer dagegen polemisieren kann.

Fragt man nämlich, ob die Regierung die „Verfassung" gebrochen hat, dann erfährt man, daß sie noch nicht „ganz" gebrochen ist. Alles, was die Papenregierung durch Notverordnungen zum „Gesetz" erhob, hat die SPD im Prinzip schon alles vorgemacht. Die großen Brocken, die nun den Proleten verfassungsmäßig verabreicht worden sind, konnten leicht auf Widerstand stoßen. Deshalb ging die SPD in „Opposition", einmal, um eingestandenermaßen besser in Demagogie machen zu können, damit sie wieder „Fleisch ansetzen" kann, zum anderen, um sich gegen die Konkurrenz von Hitlernarren zu wehren und drittens, um die Durchführung der Papenkunststücke überhaupt zu ermöglichen. Die SPD- und Gewerkschaftsbonzen kennen nur eine Aufgabe: sich und ihren Beruf vor der Revolution zu retten. Wenn nun die Papenregierung solange im Amt bleiben kann als es nötig ist, die Zuchthausordnung zur Niederhaltung des Proletariats gesetzlich zu legalisieren, dann hat die Papenregierung ihren Zweck erfüllt. Die „Verfassung" ist nicht „ganz" gebrochen, wir stehen also immer noch auf „dem Boden von Weimar", und die SPD darf wieder ein bißchen mitregieren, dann ist auch zu gleicher Zeit ein „Erfolg" zu verzeichnen, eine „siegreiche Schlacht" geschlagen. Da aber die Verfassung nicht gebrochen ist, alle Notverordnungen verfassungsmäßig sind, muß die neue Regierung diese Notverordnungen eben respektieren, denn die Aufhebung würde ja verfassungswidrig sein. Dies zu erreichen, war nicht leicht; fünfmal haben die deutschen Proletarier sich in die Vereinsabzeichen-, Fahnen- und Papierschlacht stürzen müssen, bis das große Werk vollendet war. Es war schwer, den gesunden Menschenverstand niederzuknüppeln, die Proletarier merkten allzu deutlich, daß hinter den Phrasen nichts steckte und sie rumorten vernehmlich. Aber da kamen immer wieder die „Revolutionäre" von der KPD, um mit aufgekrämpelten Aermeln und mit geifernden Mäulern gegen die „Wahlmüdigkeit" zu „kämpfen". Vier „siegreiche" Schlachten haben wir hinter uns, die fünfte steht bevor. — Das Proletariat verreckt stumm und schimpflich.

Was die Papenregierung im Auftrage der Profitschinder und im Namen Gottes dem Proletariat bis zum 6. November beschert, hinterläßt sie als „Erbe" dann ihrer Nachfolgerin. Und wieder steht dann die Frage: Revolution oder verrecken! Für das Proletariat natürlich, nicht für die Angestellten der Wahlvereine und Gewerkschaften. Sieht man dieser Frage nüchtern auf den Grund, ist es nicht schwer, die Antwort zu finden, was wohl die Leute mit den drei Pfeilen machen werden. Revolution? Diese feigen, beschränkten Kretins Revolution? Die gehen n a t ü r l i c h hundertmal eher mit Hitler und Hindenburg und „nationaler Konzentration", nicht nur das: einige Posten werden dann wieder als „Errungenschaft" angepriesen. Es geht ja schon los mit den Errungenschaften. Die fortgejagte Preußenregierung darf sich weiter Preußenregierung nennen und bekommt ihr Gehalt weiter. Die KPD, das muß man sagen, hat sich brav geschlagen f ü r die Barone, obgleich sie mit einem Riesenmaulkorb herumläuft und getreten und geschuhriegelt wird nach allen Regeln der Kunst. **Ohne die Wahlaktivität der KPD** wäre der Bourgeoisie der saubere Plan, das Proletariat derart auf den Magen zu prügeln und es von einer Wahlschlacht in die andere zu hetzen, damit es sich nicht ernsthaft zur Wehr setzt, **niemals gelungen.** Aber die Offensichtlichkeit dieser stillen Koalition mit der Bourgeoisie kann kein noch so lautes Wahlgeschrei hinwegtäuschen. Die einzige Möglichkeit, die Manöver der Bourgeoisie zu entlarven und zu durchkreuzen, müßte sein, den Kampf gegen diese Manöver aufzunehmen durch den Wahlboykott, noch dazu, wo der deutsche Reichstag nichts anders ist, als ein Broterwerb für Leute, die das Proletariat berufsmäßig zu belügen haben, die wie unliebsame Gäste hinausgejagt werden, wenn es den Brotgebern paßt.

Doch der hartnäckige „revolutionäre Parlamentarismus" der KPD ist leicht erklärbar. Er hängt eng mit den „Belangen" des „sozialistischen Aufbaues" in Rußland zusammen. Die Russen wollen, daß in Deutschland Ordnung herrscht, damit sie Geschäfte mit der Ordnungsregierung machen können. Das Proletariat ist ihnen gut genug: „Hoch die Sowjet-Union!" zu brüllen. Man beachte nur, wie Rußland, während die einzelnen Sektionen mit dem Maul dem japanischen Imperialismus den Krieg erklärten — mit dem japanischen Imperialismus friedlich-schiedlich verhandelte und nun einen „Antikriegspakt", d. h. ein politisch-militärisches Bündnis abschließt, und die japanischen Truppen in China die Proleten zu Hunderttausenden umbrachten und noch umbringen. Zu dieser Schwarzkunst der bürgerlichen Diplomatie gehört auch der „revolutionäre Parlamentarismus". Die zweite Wurzel ist das Ruhebedürfnis der Parlamentarier selbst. Hier verlängern sich die Belange des „bodenständigen" Reformismus mit der russischen Taktik, die Tradition der Oktoberrevolution für den heutigen, konterrevolutionären Kurs zu verwerten. Alles ist in schönster Ordnung!

Nur das Proletariat kommt nicht nur keinen Schritt vorwärts, sondern läßt sich im „Namen des Sozialismus" mißbrauchen, seinen Henkern die Herrschaft zu verlängern. Nie war klarer sichtbar als heute, daß der revolutionäre Aufstand gegen die bankrotte kapitalistische Ordnung von den Arbeitern in den Betrieben selbst organisiert, gegen alle parlamentarischen Parteien durchgeführt werden muß und die revolutionäre Partei nur dann fähig ist, Hebel der Revolution zu werden, wenn sie ihre ganze Kraft dieser Aufgabe widmet. Denn trotz allen Verrats hört das Krachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht auf, alle blechernen Wahlphrasen zu übertönen und alle Anzeichen deuten darauf hin, der proletarische Riese kann unversehens durch eine unbeholfene Wendung seine Fesseln sprengen. Dann gilt es, die Quittung beizubringen für Weimar.

# Die göttlichen Gesetze der Papenregierung

Der Reichskanzler von Papen hat in seiner Rede, die er am 16. Oktober vor den Vertretern der Westdeutschen Wirtschaft in Paderborn hielt, die von ihm durchgeführte Wirtschaftspolitik als den göttlichen Gesetzen entspringend, bezeichnet. Nach diesen göttlichen Gesetzen, für die die Reichsregierung anscheinend von Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, das Monopol und die reine Empfängnis erhalten hat, wird das deutsche Volk in Zukunft regiert. Durch diese Vermittlung des göttlichen Gesandten auf Erden, des Herrn von Papen, haben wir die Berechtigung, uns als das von Gott auserwählte Volk zu bezeichnen. Es kann doch nicht ausbleiben, daß der deutsche Gott, das deutsche Volk mit Papen den herrlichsten Zeiten entgegen führen wird. Die Spuren dieses göttlichen Rechts und wie Gott die deutsche Wirtschaft gestaltet, hat Papen in seinen Reden in München und Paderborn dem mehr oder minder gläubigen deutschen Volk offenbart.

Das Programm der Papenregierung ist in einzelnen Thesen von dem Vertreter des dt. Gottes auf Erden niedergelegt. Als oberster Leitsatz hat sich die Papenregierung das Wort von „Arbeit und Brot" verschrieben. Wie Arbeit und Brot geschaffen werden sollen, ist selbstverständlich nur durch die von Herrn Papen gegebene Patentlösung möglich. Daß der deutsche Gott sich dem deutschen Nationalismus verschrieben hat, ist selbstverständlich. Mit ihm allein geht es vorwärts für Gott, König und Vaterland. Vor allen Dingen kann Arbeit und Brot nur durch den „nationalen Freiheitskampf" geschaffen werden. „Die Hoheit des Reiches in seiner Weltgeltung, die Herstellung der vollen Souveränität der Freiheit und Gleichberechtigung eines großen Kulturvolkes ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung." Mit diesem hoheitsvollen Ziel ist gleichzeitig der imperialistische Charakter der Politik des deutschen Kapitals umrissen. Diese Worte sind nur eine wenig verbesserte im neudeutschen Pathos abgemungene Umschreibung des von Wilhelm geprägten Wortes „Deutschland in der Welt voran". Das deutsche Kapital hat den von ihm gegen das Entente-Kapital eingeleiteten Wirtschaftskrieg verloren. Es ist dabei aus der weltwirtschaftlichen Verpflichtung in erheblichem Umfange abgelöst. Es bezahlt weder Reparationen, noch die Zinsen für seine Kredite, noch die Kredite selbst. Der Kapitalimport nach Deutschland hat vollkommen aufgehört. Es handelt sich jetzt nur noch für das ausländische Kapital darum, die Kredite und die Zinsen soweit als irgend möglich durch weitere Warenbestellungen herein zu holen und auf diese Weise, die durch die deutsche Zahlungseinstellung herbeigeführten Verluste, zu verringern. Die Schranke für die Verwirklichung dieses Zieles ist einmal die fehlende Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und der Widerstand des deutschen Kapitals gegen den von den Gläubigern forcierten Ausverkauf der deutschen Wirtschaft. Das deutsche Kapital verlangt neue Kredite und neue Rohstofflieferungen, wenn es mit Fertigwaren zahlen soll. Gerade vor diesen Neuinvestierungen schreckt aber das Auslandskapital zurück, weil es fürchtet, daß es dieses Geld ebensowenig zurückerhalten wird, wie die bisher Deutschland gegebenen Kredite. Der Effekt ist, daß das deutsche Kapital sich in eine immer stärkere Isolierung hineinmanövriert hat. Seine industrielle Produktion geht immer weiter zurück, ein Werk nach